

TIBET 360°

INFORMATIONEN | MEINUNGEN | ANALYSEN



AUSGABE 6 | 2023



Die Peking-Connection

Einzelfall:
Tashi Wangchuk

Indoktrinierung
und Mao-Kult
in Tibet



DIE PEKING-CONNECTION

Editorial



Kai Müller,
ICT-Geschäftsführer

Foto: Yan Revazov

Es ist noch nicht lange her, dass Verfassungsschutzpräsident Haldenwang vor den Einflussoperationen der Kommunistischen Partei Chinas in Deutschland warnte. Russland sei „der Sturm“, China „der Klimawandel“. Ein Weckruf, den vielleicht der und die letzte jetzt verstanden haben sollte. Doch wer mit einer „Zeitenwende“ auch gegenüber der Russland weit überlegenen Autokratie China rechnet, muss wohl noch warten. Kaum zu übersehen zuletzt der Backlash führender Wirtschaftsvertreter und ihrer Exponenten in der Öffentlichkeit. Ob Mercedes, Bosch oder BASF – es wird weiter auf die Kommunistische Partei gesetzt und vor noch so zahmer Kritik gewarnt. Und es wird dann auch mal absurd, wenn erklärt wird „De-Risking“ durch eine effektiv noch größere Abhängigkeit erreichen zu wollen. Und glücklich ist man über ein Shakehands mit führenden Männern im KP-Staat wie zuletzt Bosch-Chef Hartung.

Getrommelt für offenbar bedingungs- und kritiklose Beziehungen zur KP-Diktatur wird von ehemaligen Spitzenpolitikern wie Rudolf Scharping und Hans-Peter Friedrich. Doch nicht nur frühere Bundesminister sind involviert, sondern etwa auch deutsche Diplomaten, die aus ihren

Staatsämtern in die Wirtschaft wechseln und zu Unternehmenslobbyisten werden. Problematisch wird es auch, wenn sich Spitzen der aktiven Politik auf Reisen begeben, an denen unternehmensnahe Einrichtungen wie die Bosch-Stiftung beteiligt sind – und dann vielleicht noch über die Rolle Chinas in der Welt reden. Wo Distanz angebracht wäre, regiert Naivität oder Ignoranz. Jedenfalls nicht die Zeitenwende.

Kein Wunder ist es dann, wenn Menschenrechtler Mühe haben, sich Gehör zu verschaffen. „Über Tibet redet man nicht mehr viel“, höre ich dann oft. Was jedoch sicher nicht an der Lage in Tibet liegt, die nach wie vor schlecht, und unter Xi Jinping noch schlechter geworden ist. Sondern an der gewollten Konsequenzlosigkeit deutscher Menschenrechtspolitik gegenüber China.



Mehr Informationen:

ARD-Bericht vom 21.11.2023 über von Rudolf Scharping organisierte Wirtschaftskonferenz:
<https://bit.ly/3QJKLQ>

UPR: CHINA IM FOKUS BEIM MENSCHENRECHTSRAT

Im Januar 2024 muss sich China der turnusmäßigen Überprüfung durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen unterziehen. Im „Universal Periodic Review“ (UPR) können Staaten China vorab Fragen stellen, sogenannte „Advanced Questions“, und Empfehlungen aussprechen. Die International Campaign for Tibet hat dazu zusammen mit FIDH einen Bericht vorgelegt, der eine Reihe von Empfehlung in Bezug auf die Menschenrechtslage in Tibet erhält.

ICT und FIDH drängen Regierungen, auf keinen Fall hinter die Empfehlungen der vorangegangenen Empfehlungen aus dem Jahre 2018 zurückzufallen. „In Tibet hat sich nichts verbessert – im Gegenteil. Starke Empfehlungen zu Tibet zeigen der chinesischen Regierung, dass sie mit ihrer Abschottungspolitik und ihrer rücksichtslosen Assimilierungspolitik in Tibet nicht durchkommt“, so

die International Campaign for Tibet. ICT verweist insbesondere auf die „Concluding Observations“ des UN-Sozialausschusses und des UN-Ausschusses zur Beseitigung von Diskriminierung gegen Frauen aus diesem Jahr, die umfangreiche Forderungen an die chinesische Regierung formuliert haben.



Mehr Informationen:

Bericht von ICT und FIDH:
<https://bit.ly/47u4Fku>

ICT-Pressemitteilung vom 21.07.2023:
<https://bit.ly/40R4fBX>

INDOKTRINIERUNG UND MAO-KULT IN TIBET



Ein unlängst erschienener Artikel der chinesischen Staatsmedien über den Besuch von Schülern der „Dritten Oberschule“ Lhasas in der örtlichen „Mao Zedong Gedenkhalle“ zeigt exemplarisch das Ausmaß der ideologischen Umerziehung in Tibets Schulen. Bereits der Titel des Artikels „Das rote Gen vererben und patriotische Gefühle kultivieren“ lässt keinen Zweifel daran, welche Absichten die chinesischen Behörden verfolgen. Es gehe darum, „ein festes Gefühl für die Gemeinschaft der chinesischen Nation“ zu entwickeln, so der Artikel. Der Besuch der Schüler in der Propaganda-Einrichtung steht für die verstärkte Indoktrinierung in Tibet, wie sie auch in anderen Bereichen häufig zu beobachten ist.

Das ganz der Verehrung des kommunistischen Diktators Mao Zedong gewidmete Museum ist erst vor vier Jahren in Lhasa eröffnet worden. Gezeigt wird darin offenbar auch eine Vielzahl sogenannter Mao-Anstecknadeln, wie sie auf dem Höhepunkt des Mao-Kults während der Schreckensjahre der Kulturrevolution milliardenfach in Umlauf waren. Zudem präsentiert die Ausstellung zentrale Ereignisse der „chinesischen Revolutionsgeschichte“ - KP-Propaganda in ihrer reinsten Form.

SCHAFFUNG EINES „BEWUSSTSEINS FÜR DIE CHINESISCHE VOLKSGEMEINSCHAFT“

In die gleiche Kerbe schlägt ein weiterer Artikel der chinesischen Staatsmedien über ein Treffen hochrangiger Funktionäre des Bildungswesens, bei dem das „Jugendübungszentrum“ der Stadt Lhasa für seine Arbeit ausgezeichnet wurde. Der Einrichtung wurde die Plakette „Forschungszentrum für das Bewusstsein der chinesischen Volksgemeinschaft in Tibet“ überreicht.

Der Artikel dazu zitiert unter anderem den Direktor der „Abteilung für ideologische und politische Angelegenheiten“ des Bildungsministeriums der sogenannten Autonomen Region Tibet (TAR) Wang Zhen. Dieser bezeichnet die „Erziehung zum Aufbau eines starken Bewusstseins für die chinesische Volksgemeinschaft in der Schule“ als „grundlegendes und strategisches Pilotprojekt“. Aus Sicht der International Campaign for Tibet

steht der damit angestrebte „Aufbau der nationalen Einheit“ jedoch allein für den Versuch der Auslöschung der tibetischen Kultur. Aus Tibetern sollen Chinesen werden.

Frappierend ist die Diskrepanz in Inhalt und Bildsprache, vergleicht man chinesischsprachige und englischsprachige Artikel zum Thema in den Staatsmedien. Während die an das heimische Publikum gerichteten Artikel voller Parteisymbolik und Slogans sind, kommen solche für den heimischen Markt ganz ohne aus, offensichtlich um den Verdacht von Indoktrination zu vermeiden

Weiteres Beispiel der jüngsten ideologischen Umerziehungsmaßnahmen ist ein sogenannter „Anti-Separatismus“-Workshop, zu dem die chinesischen Behörden der westtibetischen Präfektur Ngari im Oktober mehr als 400 tibetische Lehrer und Schüler einbestellt hatten. Dabei hätten die Teilnehmer der chinesischen KP-Diktatur Treue schwören und den Dalai Lama denunzieren müssen, berichtet „Radio Free Asia“ (RFA) unter Berufung auf tibetische Quellen. Betroffen waren demnach mehrere Grund- und Mittelschulen sowie eine Kindertagesstätte in der Region.

In den letzten Wochen sind zudem verstärkte Anstrengungen des chinesischen Propagandaapparats zu beobachten, die weltweit in die Kritik geratenen Zwangsinternate in Tibet zu rechtfertigen. Dies betrifft sowohl chinesische Staatsmedien, als auch einschlägige Kanäle in den weltweiten Social-Media-Plattformen. Die staatliche Propagandamaschinerie läuft offenbar auf Hochtouren, um die Internate, die weltweit von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen verurteilt werden, zu rechtfertigen.

Ironischerweise kann man in der chinesischen Propaganda leicht erkennen, wie stark der chinesische KP-Staat die Bildungseinrichtungen als Mittel zur zwangsweisen Assimilierung der tibetischen Jugend nutzt. Das dabei verwendete Bildmaterial zeigt überwiegend chinesische Inhalte, tibetische Kultur findet in Tibets Klassenzimmern offenkundig so gut wie nicht statt.



Mehr Informationen:

ICT-Blog vom 25.08.2023: <https://bit.ly/3F3HNen>

MISSHANDLUNG UND SCHIKANE NACH DER HAFT



Die International Campaign for Tibet (ICT) ist zutiefst besorgt um das Wohl des ehemaligen politischen Gefangenen Tashi Wangchuk. Der Tibeter wurde offenbar auch jetzt nach seiner Haft von chinesischen Polizeibeamten massiv misshandelt. Der bekannte tibetische Menschenrechtsverteidiger und Sprachaktivist war Berichten zufolge am 17. Oktober festgenommen und von hochrangigen Beamten der Stadt Yushu (Provinz Qinghai) im Norden von Tibet brutal geschlagen und verletzt worden. Wangchuk hatte nach einem Termin bei der örtlichen Stadtverwaltung ein Video auf der sozialen Plattform WeChat gepostet. In dem Video war zu sehen, wie Beamte der städtischen Behörden Wangchuks Antrag auf Registrierung eines Gewerbes ablehnten.

Aus Sicht von ICT entspricht der Fall von

MUSTER VON GÄNGELUNG UND REPRESSION

Tashi Wangchuk einem Muster, nach dem Tibeter, die aus politischen Gründen in Haft waren, auch nach ihrer Haftentlassung systematischer Überwachung, Gängelung und Schikanen ausgesetzt sind.

Tashi Wangchuk hatte am 17. Oktober in Yushu eine Autowaschanlage eröffnet und auf Anweisung der örtlichen Polizei am selben Tag die zuständige Stadtverwaltung aufgesucht, um eine Lizenz für sein neues Unternehmen zu beantragen. Sein Antrag wurde abgelehnt, was er mit seinem Mobiltelefon filmte und später aus Protest als Video auf seinem WeChat-Konto veröffentlichte. Daraufhin wurde er festgenommen und dem Büro für öffentliche Sicherheit (PSB) der Stadt Yushu übergeben, wo er drei Tage lang festgehalten und verhört wurde. Dabei wurde er offenbar von mehreren Beamten brutal geschlagen und

misshandelt. Seine Autowaschanlage wurde ebenfalls gewaltsam geschlossen. Im August 2023 hatte eine Gruppe maskierter Männer den Sprachaktivist angegriffen und geschlagen.

Der Mittlere Gerichtshof von Yushu hatte Tashi Wangchuk am 22. Mai 2018 wegen des Vorwurfs der „Anstiftung zu Separatismus“ verurteilt. Der 37-jährige Tibeter hatte sich im November 2015 in einem Interview mit der „New York Times“ kritisch über die chinesische Sprachen- und Bildungspolitik in Tibet geäußert. Im Januar 2016 war er daraufhin festgenommen worden. Mehrere Regierungen, darunter auch die deutsche Bundesregierung, Parlamentarier, Menschenrechtsexperten sowie Nichtregierungsorganisationen hatten in der Vergangenheit seine sofortige und bedingungslose Freilassung gefordert. Die Anwälte Wangchuks hatten in einem späteren Berufungsverfahren die Aufhebung des Urteils beantragt, weil Wangchuk unter Folter und Misshandlung ausgesagt habe.



Mehr Informationen:

ICT-Meldung vom 23.08.2023:
<https://bit.ly/3sNf2k8>

Impressum TIBET³⁶⁰

Herausgeber:
International Campaign for Tibet
Deutschland e.V.
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 2787 9086
Fax: +49 (0) 30 / 2787 9087
info@savetibet.de
www.savetibet.de

V. i. S. d. P.: Kai Müller

Stand: 23. November 2023

Druck: Arnold Group, Großbeeren



+++newsTICKER+++



Foto: Ihalevi-CC-BY-NC-ND-2.0

Nicht einmal im Teehaus sind die Tibeter vor KP-Propaganda sicher:
<https://bit.ly/417AuNH>



Foto: hbleser/Pixabay-CCO

ICT-Analyse: Chinas neues „Weißbuch“ hat mit Lebensrealität der Tibeter nichts zu tun:
<https://bit.ly/47OeJEn>

Peking benennt „Tibet“ um – ICT: „KP leugnet eigenes Unrecht und Identität der Tibeter“:
<https://bit.ly/417CWnn>

ICT: dpa muss aufhören, in Deutschland KP-Propaganda zu verbreiten:
<https://bit.ly/3ReSkeh>

Newsletter

Die International Campaign for Tibet versendet regelmäßig per E-Mail aktuelle Informationen über Tibet und die Arbeit der ICT.

<https://savetibet.de/newsletteranmeldung/>



INTERNATIONAL
CAMPAIGN
FOR TIBET